



Simon Schupetta, Krautstr. 74, 42289 Wuppertal

**Kreisverband
Die Piraten
Wichlinghauser Str. 61**

42277 Wuppertal

**Vereinigte Evangelische
Kirchengemeinde Heckinghausen**

Pfarrer Simon Schupetta

Krautstr. 74
D-42269 Wuppertal

Telefon: 0202/627760
Email: simon.schupetta@ev-heck.de

Wuppertal, 18.03.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich des Jahrestages der Befreiung von Krieg und NS-Regime laden wir auch 2017 wieder ein zur traditionellen **Mahn- und Gedenkveranstaltung** an den Gräbern polnischer und russischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter/innen und Wuppertaler Bombenopfern auf dem Friedhof Norrenberg in Wuppertal-Heckinghausen.

**Montag, 8. Mai - Beginn 17.00 Uhr
Friedhof Norrenberg
Theodor-Fontane-Straße 52
42289 Wuppertal-Heckinghausen**

Der Aufruf zur Veranstaltung liegt bei.

Wir würden uns freuen, wenn Sie an der Veranstaltung teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen
für das Vorbereitungsteam
Simon Schupetta

Ich/wir unterstützen den Aufruf zur Mahn- und Gedenkveranstaltung am 8. Mai

(Name/bzw. Vereinigung/Organisation)

(Anschrift)

(Datum und Unterschrift)

Unterstützungserklärungen bitte bis 25.04. per Brief oder Email an die Anschrift im Briefkopf

„Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung“

(Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985)

Vor 72 Jahren endete der 2. Weltkrieg in Deutschland und damit die Regierungszeit der NSDAP. Durch 12 Jahre nationalsozialistische Herrschaft, geprägt von Faschismus und Terror, entstand unvorstellbares und schreckliches Leid, das noch immer nachwirkt. Daher ist der 8. Mai 1945 das Datum der Befreiung von Krieg und Faschismus. Die Gräber der Wuppertaler Bombenopfer, der Kriegsgefangenen und der polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf dem Friedhof Norrenberg aus der Zeit des Krieges zeigen uns, dass der Schrecken und das Unrecht des Krieges keinen Halt machten vor Menschen jeglicher Herkunft und Nationalität. Auch sind sie uns ständige Mahnung, damit wir nicht vergessen, zu welchen Verbrechen Menschen fähig sind und wir wachsam bleiben für die politischen Strömungen und die politische Kultur in unserer Gesellschaft.

Diese Mahnung bleibt aktuell, da wir in Europa wieder stärker merken, dass Frieden und Sicherheit keine Selbstverständlichkeit sind, sondern stets angefochten bleiben.

Zur aktuellen Lage

- Krieg und Terror sind nicht nur Fluchtursachen für viele Menschen. Bis heute sind es immer noch Mittel zur Durchsetzung politischer, ideologischer und wirtschaftlicher Interessen überall in der Welt. Auch wenn wir in Europa vor manchen „Brandherden“ die Augen verschließen, erleben wir doch ihre Auswirkungen.
- Der religiös motivierte Terrorismus gerät immer mehr in den Fokus und schürt ein gesamtgesellschaftliches Gefühl der Unsicherheit und der Angst.
- Rassismus führt nicht immer zwangsläufig zu Krieg und Terror. Dennoch setzt er die Würde des Menschen herab und diskriminiert sie. Rassistische Tendenzen, manchmal in getarnter Form, sind immer noch eine Realität, auch in Deutschland.
- Die Religionsfreiheit, wie sie in Deutschland im Grundgesetz verankert ist, ist weltweit keine Selbstverständlichkeit. Religiöse Unterdrückung weltweit wächst rasant. Immer wieder werden Menschen Opfer religiöser Unterdrückung und Diskriminierung und dies nicht nur in Ländern, wo die Religionsfreiheit faktisch nicht existiert, sondern auch in Deutschland.

Unsere Haltung

- Krieg und Terror dürfen kein legitimes Mittel sein, um eigene Interessen durchzusetzen.
- Rassismus als Begründung Menschen in herabwürdigender Weise zu behandeln, widerspricht den Menschenrechten und ist daher kategorisch abzulehnen.
- Religions- und Meinungsfreiheit sind hohe Güter. Daher gilt es dafür einzutreten, dass Menschen nicht aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses, ihrer politischen oder weltanschaulichen Meinung verfolgt, unterdrückt oder getötet werden.

Wir rufen daher dazu auf, dass...

- ... politische Parteien und die Wirtschaft in Deutschland sich für gerechte Strukturen des Wirtschaftssystems und friedliche und gewaltfreie Lösungen bei Konflikten einsetzen und dabei den Menschen nicht zum Wirtschaftsfaktor verkommen lassen.
- ... religiöse Gemeinschaften und politische Parteien sich vom Terrorismus eindeutig distanzieren.

bitte wenden

- ... politische Parteien und Kirchen sich für Menschen einsetzen, die Aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Besonders die Kirchen müssen beunruhigt sein angesichts 200 Millionen verfolgter Christinnen und Christen weltweit.
- ... ein gesellschaftliches Klima entsteht, in dem es selbstverständlich ist Zuflucht suchende Menschen freundlich aufzunehmen.

Wir rufen auf zur

Mahn- und Gedenkundgebung

Montag; 8. Mai, Beginn 17 Uhr

Friedhof Norrenberg

Theodor-Fontane-Straße

Wuppertal-Heckinghausen